

# Bericht

der

Kommission für Handel und Gewerbe

über

eine Petition des Lehnsträgers Hayn (Journ.-Nr. II. 346.)

Die an die Kommission für Handel und Gewerbe zur Begutachtung überwiesene (Waldenburg in Schlessen 20. November 1850 datirte), Hayn unterzeichnete Petition rührt von dem diesen Namen führenden Lehnsträger bei Hermisdorf in dem waldenburger Revier belegener Steinkohlengruben her. Sie ist gleichzeitig von dem Petenten in gedruckten an die Kammermitglieder vertheilten Exemplaren eingereicht worden, daher im Allgemeinen auf deren Inhalt Bezug zu nehmen, dabei aber gleich von vorn hier zu bemerken ist, wie sich dem eigentlichen der Berathung zu Grunde zu legenden Original-Exemplar von der Hand des Petenten Zufüge von wesentlichem Einfluß auf den Inhalt angefügt finden. Nr. 3 hinter „wird“ ist eingeschaltet:

b. h. also, wenn man die bestehenden Erbstollengesetze beibehält, so bleibt der Fiskus u. s. w.

Seite 3 hinter „Erbstollens“ aber:

unter allen Umständen, hier also die Freiheit des Erbstollners in gar keinem Verhältnisse zu der Verpflichtung und den Lasten des Grubenbesizers steht.

Dem Schluß des Ganzen ist angehängt:

P. M. Obgleich gegenwärtiger Antrag Bezug auf den neuen Bergwerks-Gesetz-Entwurf nimmt und der Antragsteller daraus die Befürchtung entlehnt, daß sein Antrag mit dem Bemerkten abgelehnt werden könnte: derselbe könne erst bei Berathung gedachten Entwurfs Berücksichtigung finden, so muß ich gegen solche Abweisung protestiren, weil mein Antrag qu. nicht sowohl auf dem qu. Entwurfe als in dem bestehenden Bergwerksgesetze beruht, also außer der Modification des §. 259 des Bergwerks-Gesetz-Entwurfs die Abänderung der bereits bestehenden Stollen- und resp. Erbstollenrechte nach meinen Petitions-Vorschlägen verlangt. — Hf., 14. Januar 1851 — Hayn. —

Eben gedachtes Promemoria ist für die Berathung der Petition erheblich, weil es ausdrücklich besagt, daß sie gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und keinesweges bloß gegen die in dem Entwurf eines neuen Bergwerksgesetzes für den betreffenden Gegenstand projektirten gerichtet sei; denn wäre nun Letzteres der Fall, so müßte unbedenklich das, was der Petent eine „Befürchtung“ nennt, eintreten, weil sich über einen Gegenstand von solcher Bedeutung, als die Stollenrechte, unmöglich in Bezug auf ein neues Berggesetz gründlich beraten ließe, wenn man ihn aus dem Zusammenhang des Ganzen reißen und so in die Gefahr gerathen wolle: anzunehmende Fundamental-Prinzipien des für den Anhalt aufzustellenden Systems zu verlegen.

Es genügt, in dieser Beziehung zu berühren, wie von derglei-

chen Prinzipien überhaupt erst die Entscheidung abhängen wird, ob künftig noch Erbstollen zu verleihen oder das Ganze solchen Verleihungen zu Grunde liegende Verhältnisse lediglich kontraktlich einlegen der Betheiligten zu überlassen ist. —

Hält man die Petition mit den bestehenden Berggesetzen zusammen, so ergiebt sich Folgendes:

Petent verlangt, die Kammer solle beschließen:

- 1) Die nach der schlessischen Bergordnung von 1769 auch schon verliehenen Erbstollenrechte werden aufgehoben.

Die Motive des Petenten legen klar zu Tage, daß dies geschehen soll, weil die von Steinkohlengruben den ihnen Wetter- und Wasserlösung gewährenden Erbstollen gesetzlich dafür zu bewilligenden Ausbungen für diese Gruben oft unbedeutend sind und manche durch mechanische Kräfte jene Lösung wohlfeiler beschaffen könnten.

Diese Behauptungen mögen, was das Thatsächliche betrifft, in einzelnen Fällen eingeräumt, ja es mag auch anerkannt werden, daß die Stollenrechte (welche, beiläufig bemerkt, fast ganz, wie sie heute bestehen, schon in den alten mährischen und böhmischen Berggesetzen aus dem dreizehnten Jahrhundert vorkommen) ursprünglich für Gang-Bergbau gegeben, für den Flöz-Bergbau bisweilen nicht ganz passen. Hieraus läßt sich aber dennoch kein Grund entnehmen, dem Antrage des Petenten zu entsprechen; denn, abgesehen davon, daß die angefochtenen Erbstollenrechte keinesweges bloß in der schlessischen Bergordnung, sondern eben so auch in den anderen provinziellen Bergordnungen der Monarchie, wie auch in dem Allgemeinen Landrechte (Thl. II. Tit. 16, §. 405 u. f.) enthalten sind, mithin nicht nur auf die Aufhebung einer gesetzlichen Vorschrift für Schlessen, sondern auf eine solche in der ganzen Monarchie, so weit in ihr deutsche Bergrechte gelten, eingegangen werden müßte, wenn überhaupt davon zur Zeit die Rede sein könnte und man nicht ungerechtfertigt einen provinziellen Partikularismus einführen wollte; so verlangt Petent nichts Geringeres, als daß die mit vollgültigsten Verleihungs- und bezugweise Besitztiteln versehenen Erbstollen sich zwangsweise aus ihren Rechten, zu Gunsten der Gruben, gegen welche sie dergleichen auszuüben befugt sind, ausdrängen lassen sollen.

Daß die Förderung des Handels und der Industrie, so wie des Publikums, eine so gewaltsame Operation fordere, ist zwar von dem Petenten behauptet, aber mit nichts belegt worden. Was er von einer Handelskonkurrenz zwischen Erbstollnern und den Besitzern durch sie gelöster Gruben berichtet, deutet auf einen für das Publikum daraus entstehenden, jedoch in keiner Weise nachtheillichen Vortheil hin; daß die Besorgniß des Petenten wegen Monopolisirens des Steinkohlenhandels seitens der Erbstollner in irgend einem



Revier sich je verwirklichen könnte, dafür spricht keine Wahrscheinlichkeit, und würde ein solcher Uebelstand weit eher durch präpotente Grubenbesitzer, als durch Erbstollner herbeigeführt werden können, wenn es an Mitteln fehlte, ihn abzuwehren.

Allerdings hat Petent, um das Schrofne seines Antrags zu mildern, unter 2 befürwortet: „für den Erbstollner diejenige Schonung zu beobachten“, für welche er dreierlei Vorschläge macht; allein diese „Schonung“ wäre kaum eine solche und in keiner Weise eine Entschädigung für den Verlust wohlverworbener Rechte. Nach dem ersten seiner Vorschläge nämlich soll es lediglich von dem Grubenbesitzer abhängen, ob er sich von dem Erbstollner gegen die Gebürnisse lösen lassen will. Dieser Vorschlag dreht das Rechtsverhältniß geradezu um und giebt den Berechtigten in die Willkür des Verpflichteten. Zwar soll der zweite Vorschlag diese Willkür abstopfen, denn es soll der Grubenbesitzer, wenn er die Lösung ablehnt, dann dem Stollner die von demselben

lediglich im Interesse des Verpflichteten aufgewendeten Kosten erstatten und sich mit dem Erbstollner wegen dessen erwarteten Gewinn über eine Abfindung vergleichen, welche auf eine Quote des im Interesse des Verpflichteten verausgabten Anlage-Kapitals zu bestimmen;

allein eine solche, so beschränkte, eines generell anwendbaren Maßstabes überdies ganz entbehrende Bestimmung würde nicht nur den Erbstollner fast aller Früchte seines unter dem Schutze der Gesetze und oft mit Risiko und großen Auslagen begonnenen Unternehmens berauben, sondern noch überdies die verwickeltesten Rechtsstreitigkeiten unabwieslich herbeiführen.

Der dritte Vorschlag besagt, daß:

wenn sich der Verpflichtete durch andere Mittel, als den Erbstollen, Lösung verschaffen kann, welche ihm Kosten ersparen würden, er die Lösung durch den Erbstollen nicht anzunehmen braucht und dann eine Entschädigung resp. Erstattung der lediglich im Interesse des Verpflichteten erwachsenen Kosten, aber keine Abfindung für den entzogenen Gewinn erfolgen soll.

Von diesem Vorschlag gilt ganz das, was bei dem voranstehenden erwähnt worden. Ob übrigens eine Grube durch Selbstlösung einem Erbstollner seine Gebürnisse ganz oder theilweise entziehen kann, bleibt in Fällen, in denen solche Frage streitig wird, nach den Gesetzen den individuellen Umständen entsprechend zu entscheiden, der richterlichen Cognition überlassen.

Das bisher über die Petition Geäußerte stellt von selbst heraus, daß die Kommission in ihr einen ungerechtfertigten Eingriff in das Privateigenthum und in den sogenannten „Schonungs-Vorschlägen“ nicht einmal ein Auskunftsamt solcher Art findet, wie es gesetzlich ganz unabwieslich erforderlich wäre, wenn jener ungerechtfertigte Eingriff zu den Fällen gehörte, in denen der Staat zu dergleichen befugt ist.

Was der Petent in Gedanken gehabt, indem er begehrt, daß:

wenn man die bestehenden Erbstollengesetze unverändert lassen wolle, der Fiskus sowohl dem Verpflichteten, als dem Erbstollner für aus den bisherigen Erbstollen-Rechten nachweislichen Schaden regreßpflichtig,

hat die Kommission nicht zu ermitteln vermocht, da er unterlassen, eine solche Regreßpflichtigkeit irgend näher zu charakterisiren, geschweige rechtlich zu begründen, sich aber in den Gesetzen für sie kein Anhaltspunkt finden läßt. Es ist daher auch überflüssig, darauf einzugehen, welchen großen Umfang eine solche Regreßverpflichtung einnehmen und zu welchen unberechenbaren Exemplifikationen in vielen Zweigen der Gesetzgebung sie führen würde.

Die Kommission glaubt durch gegenwärtige Erörterung den Antrag gerechtfertigt:

Die hohe Kammer wolle über diese Petition zur Tagesordnung übergehen.

Berlin, den 26. März 1851.

Die Kommission für Handel und Gewerbe.

Erbreich (Vorspender). Steinbeck (Referent). Berndt (Glogau). Bormann. Möcke. Wegener. Walther. Genthner.